

Ja zu Rheintal+ trotz Unwägbarkeiten

Die Beschlussfassung der Gemeindefusion von zehn Gemeinden zur Gemeinde Zurzach steht unmittelbar bevor. Gemäss Berichterstattung durch die Presse gibt es in allen Gemeinden zwei Lager, die Befürworter und die Gegner. Dabei stellt man fest, dass der Unterschied beider Gruppen darin besteht, blind optimistisch zu sein oder Zukunftsängste zu haben. Dafür ist nicht zuletzt die Projektleitung verantwortlich. Wenn 300 Personen an einem solchen Projekt arbeiten, darf es nicht vorkommen, dass man sich nicht sicher ist, ob ein Steuerfuss von 115 Prozent ausreicht oder eben doch nicht. Der vorgelegte Finanzbericht ist so vage, dass es nur reichen wird, wenn auf der Aufwandseite alles beim Alten bleibt. Dabei will die Fusion doch einiges bewegen.

Zum Beispiel liegen die Kosten der Bauämter im Bereich Flurweg und Strassenunterhalt, Baugebiet (Kurgebiet) von Bad Zurzach bereits ausgeschlossen, zwischen 404 Franken (pro Hektare) in Bad Zurzach und 172 Franken in Wislikofen. Zum Vergleich die Zahlen aus der Fusionsgemeinde Mettauertal (176 Franken) und Tegerfelden (172 Franken), beide inklusive Baugebiet. Da muss nach der Fusion etwas in Richtung tieferer Kosten gemacht werden, doch weder der Finanzbericht noch der Fusionsvertrag beinhaltet Bestrebungen in dieser Richtung. Nach Abzug der Baugebietsfläche von Bad Zurzach beträgt die Restfläche des Fusionsgebiets rund 3250 Hektaren.

Ob jährlich 400 Franken pro Hektare für Wegunterhalt oder nur 200 Franken aufgewendet werden, macht eine Differenz von 650 000 Franken aus, was einen Gegenwert von 3,7 Steuerprozenten ausmacht.

Bei der Spitex gibt es ebenfalls Unterschiede: Die Gemeinden Bad Zurzach, Rekingen und Rietheim bezahlen im Budget 2019 pro Einwohner je 63 Franken. Die übrigen Gemeinden, die dem Spitex-Verein Surbtal-Studenland angeschlossen sind, zahlen 43 Franken pro Einwohner. Wären alle bei der günstigeren Spitex, könnten rund 118 500 Franken oder 0,6 Prozent beim Steuerfuss eingespart werden.

Die Konzessionsabgabe auf Strom wird in allen übrigen Gemeinden eingefordert. Der Gemeinde Bad Zurzach brachte dies 2017 einen Betrag von 133 078 Franken ein, was einem Gegenwert von 1,35 Steuerprozenten entspricht. Die Konzessionsabgabe wird durch den Gemeinderat festgelegt, als Gebühr für die Nutzung der Strassen zur Durchleitung elektrischer Energie. Die technischen Anlagen werden aber vollumfänglich durch den Endverteiler erstellt und sind dessen Eigentum. Es handelt sich bei der Konzessionsabgabe um nichts anderes als um einen Strassenzoll auf Strom. Die Stimmberechtigten von Mellikon und Baldingen, wo es örtliche Elektra-Genossenschaften gibt, haben bisher auf die Einführung verzichtet.

Sowohl im Schlussbericht wie im Finanzbericht wird die Steuerkraft der Gemeinde Bad Zurzach hervorgehoben. Diese Zahlen sind richtig, daran gibt es

keine Zweifel. Wenn wir die zukünftigen Investitionsbedürfnisse (Seite 30 des Finanzberichts) genauer anschauen, hat Zurzach aber auch den grössten Investitionsbedarf. 2017 lag der Nettoertrag der allgemeinen Gemeindesteuern von Bad Zurzach bei 11,986 Millionen (Abschluss Rechnung 2017). Die im Finanzbericht angemeldeten Investitionsbedürfnisse betragen 26,721 Millionen Franken. Die übrigen neun Gemeinden melden Bedürfnisse im Umfang von 11,989 Millionen an. Der summierte Nettoertrag der allgemeinen Gemeindesteuern dieser Gemeinden beträgt 8,236 Millionen. Bad Zurzach erbringt damit 59,5 Prozent des gesamten Steuerertrages (allgemeine Gemeindesteuern), meldet aber 69 Prozent des Investitionsbedarfs an. Dass Bad Zurzach für die Reaktivierung der Industriebrachen und für Verkehrsprojekte enorme finanzielle Leistungen erbringen muss, ist jedem vernünftigen Menschen klar. Die übrigen neun Gemeinden sind aber auch kein «Armenhaus» des Bezirks.

Nach erfolgter Fusion sind Mettauertal und Zurzach trotzdem grundverschieden. Auch in Mettauertal funktioniert die Demokratie weiterhin. Es ist zu hoffen, dass unser starker Partner sich bewusst bleibt, dass die übrigen Dörfer keine Verdinkinder sind und niemals zu solchen werden dürfen.

Am 23. Mai und an der Urnenabstimmung werde ich für die Fusion stimmen. Ich rechne aber damit, dass unser zukünftiger Steuerfuss bei 120 Prozent liegen wird.

Hans Rohner, Baldingen.